

DIE LINKE, Ratsfraktion, Europaplatz 1, 44575 Castrop-Rauxel

An den Rat der Stadt Castrop-Rauxel
Herrn Bürgermeister Rajko Kravanja

14. September 2016

Europaplatz 1
44575 Castrop-Rauxel
Zimmer 205

☐ 01764 - 5602673

☐ ratsfraktion@die-linke-castrop.de

① www.die-linke-castrop.de

Antrag der Fraktion DIE LINKE „Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kravanja!

Nachstehend übersenden wir Ihnen einen Antrag der Fraktion zur Behandlung in der nächsten Ratssitzung am 6.10.2016.

Antrag:

Der Rat der Stadt beschließt, eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Zweck und Aufgabe der Gesellschaft sind die unter sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeitsaspekten erfolgende Planung, Sanierung, Errichtung, Betreibung und Unterhaltung von neu zu errichtenden, zu erwerbenden und sich im Besitz der Stadt befindlichen Wohngebäude.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.12.2016 eine Vorlage zu erarbeiten über

- Prüfung von Vor- und Nachteilen verschiedener Gesellschaftsformen
- gesellschaftsrechtliche und steuerliche Struktur der Gesellschaft im Hinblick auf effiziente und effektive Aufgabenerfüllung und nachhaltige Leistungserbringung
- Übernahme des kommunalen Wohnbauflächenmanagements und Ausweisung von städtischen Flächen, die für den sozialen Wohnungsbau genutzt werden können
- Erkundung der Möglichkeiten finanzieller Förderung seitens des Landes, des Bundes und der Europäischen Union, der Förderung des sozialen Wohnungsbaus (Wohnbaufördermittel des Bundes) und spezieller Förderungsprogramme, z.B. Wohnungsbau für Flüchtlinge.
- Erstellung eines Finanzkonzepts unter Einbeziehung aller Förderungsmöglichkeiten
- Formen der Mitwirkung der Mieter an der Gesellschaft.

Begründung:

2001 hat die Stadt Castrop-Rauxel die GEWO an die LEG verkauft. Damit ist der kommunale Wohnungsbau als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge zum Erliegen gekommen. Der Markt und der Privatsektor sollten es richten. Private Investoren bauen vor allem teurere Wohnungen als Renditeprojekte – es fehlt jedoch an Mietwohnungen, die auch für Menschen mit mittlerem oder niedrigem Einkommen bezahlbar sind. Der private Wohnungsmarkt ist nicht in der Lage, alle Bevölkerungsgruppen mit bezahlbaren, qualitativ angemessenen Wohnungen zu versorgen.

Der Sozialwohnungsbau hat in den letzten Jahrzehnten kaum stattgefunden. Der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen nimmt dramatisch ab, da die Mietpreisbindungen ablaufen.

In Castrop-Rauxel fehlen nach Aussagen der Verwaltung ca. 300 preiswerte Wohnungen.

Die im Stadtgebiet arbeitenden Wohnungsunternehmen sollen nicht bereit sein, in den geförderten Wohnungsbau zu investieren.

DIE LINKE ergreift die Initiative: die Stadt Castrop-Rauxel baut die fehlenden 300 neuen Sozialwohnungen in Mehrfamilienhäusern in eigener Regie!

Die Verwaltung soll prüfen, wie über zinsgünstige Kreditaufnahmen, Nutzung von Fördermitteln für den sozialen Wohnungsbau und aus anderen Förderprogrammen eine kommunale Wohnungsgesellschaft tätig werden kann.



CAS ist hochverschuldet und dürfte nach der Gemeindeordnung NRW keine weiteren Schuldenverpflichtungen eingehen. Die Landesregierung NRW hat jedoch signalisiert, dass für Kommunen in der Haushaltssicherung Ausnahmen möglich sind.

Durch den Bau von Sozialwohnungen in öffentlicher Trägerschaft werden dauerhafte Werte für die Allgemeinheit erstellt.

Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft kann

- nach dem tatsächlichen Bedarf planen und bauen
- guten und bezahlbaren Wohnraum u.a. an Bezieher von Wohngeld und Kosten der Unterkunft vermieten
- vorhandene kommunale Bauflächen im Besitz der Stadt halten
- Mieteinnahmen erzielen und damit die aufgenommenen Baukredite abzahlen
- mit Überschüssen neue Projekte angehen, auch Käufe von privater Hand.

Mit freundlichen Grüßen

DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt Castrop-Rauxel

Ingo Boxhammer
Fraktionsvorsitzender

Meinolf Finke
Sachkundiger Bürger B 1

15 Antrag Ratsfraktion DIE LINKE vom 21.09.2016_Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft (2016/239)

Der Antragsteller Herr Boxhammer begründet seinen Antrag.

Nach inhaltlicher Diskussion formuliert Ratsmitglied Herr Werkle folgenden weiteren Antrag:

„Der Rat fordert die Verwaltung auf, die aktuellen Untersuchungen zur Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft zügig fortzusetzen und möglichst in der ersten Ratssitzung des Jahres 2017 vor allem auch zu den noch offenen Fragen

- *Abschließende Berechnungen zum Thema Wirtschaftlichkeit*
- *Gesellschaftsform*
- *Beschaffung der benötigten Kompetenzen*

zu berichten und einen entsprechenden Ratsbeschluss vorzubereiten.“

Bürgermeister Herr Kravanja stellt zunächst den ursprünglichen Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.09.2016 zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich mit 42 Gegenstimmen bei drei Ja-Stimmen abgelehnt.

Anschließend stellt er den Antrag von Ratsmitglied Herrn Werkle zur Abstimmung. Der Rat der Stadt stimmt dem o.g. Antrag mehrheitlich mit 42 Ja-Stimmen bei drei Gegenstimmen zu.